

KURZ NOTIERT

von Saskia Dworschak

Fälle von Denguefieber steigen rasant an

Bis zum 2.11. wurden für das Jahr 2013 mehr als 28.000 Denguefieber-Fälle in Malaysia gemeldet. Diese Zahl ist somit noch vor Jahresende doppelt so hoch wie im Vorjahr, als 18.268 Fälle gemeldet worden waren. Dabei schwankt die Zahl der Fälle regional. Am höchsten ist sie in Selangor gewesen, wo allein 15.000 Fälle bis Anfang November 2013 dokumentiert wurden.

Derzeit arbeitet das Gesundheitsministerium an einem Projekt zur Eindämmung der Viruserkrankung. Hierbei wurden Stechmü-

cken der Art, die Denguefieber übertragen können, genetisch verändert. Nun steht das Projekt vor dem letzten bedeutenden Schritt, der Aussetzung der genveränderten Stechmücken. Nach Angaben des Gesundheitsministers Dr. S. Subramaniam belaufen sich die Kosten hierfür für die nächsten drei Jahre auf weitere 100 Millionen MYR, umgerechnet 23,5 Millionen EUR.

Als Grund für den rasanten Anstieg des Denguefiebers zählt die Klimaveränderung, die die Ausbreitung der Brutstätten

der Mückenlarven in stehenden Gewässern begünstigt. Wichtig sei deshalb die Eingrenzung dieser Brutstätten, meint der Gesundheitsminister. Des Weiteren weist Subramaniam darauf hin, dass es sich bei dem Anstieg der Denguefieber-Fälle um ein globales Problem handele. Weltweit hat sich Denguefieber stark ausgebreitet, so auch in den Nachbarstaaten Singapur, Thailand und Indonesien.

The Star 6.11.2013

New Straits Times 7.11.2013

Todesstrafe in Malaysia: Gnade für DrogenschmuggelerInnen?

Im September 2013 wurde ein 40-jähriger Deutscher aufgrund des Vorwurfs des Drogenschmuggels in Malaysia zum Tode verurteilt. Der Mann war 2011 mit 1,5 Kilogramm Crystal Meth, einem Methamphetamin, im Gepäck am Flughafen in Kuala Lumpur aufgegriffen worden.

Neben dem Deutschen wurde auch ein malaysischer Arbeiter zum Tode am Strang verurteilt, weil er mit 2,8 Kilogramm Cannabis aufgegriffen worden war. Und auch drei usbekische Staatsbürger, die 2010 am Flughafen von Kuala Lumpur mit insgesamt zehn

Kilogramm Methamphetamin festgenommen worden waren, wurden Anfang November zum Tode am Strang verurteilt.

Malysias Drogenpolitik ist sehr streng. Die Einstufung als Drogenschmuggler erfolgt bereits bei kleinen Mengen an Drogen. Laut Angaben von Amnesty International saßen im Februar 2013 860 Menschen in Malaysias Todeszellen, verurteilt wegen Drogenschmuggels oder anderen Verbrechen. Eine genaue Zahl darüber, wie viele Vollstreckungen tatsächlich stattfinden, kann nicht angegeben werden,

da die Regierung keine öffentlichen Zahlen über die Exekutionen angibt.

Im Oktober 2012 hatte der malaysische Justizminister Nazri Aziz verkündet, dass die Regierung darüber nachdenke, das Verhängen der Todesstrafe in bestimmten Fällen durch Haftstrafen zu ersetzen. Doch die aktuellen Fälle zeigen vorerst ein anderes Bild.

Spiegel 13.9.2013

Süddeutsche 13.9.2013

The Star 8.11.2013

Amnesty International 23.5.2013

Harter Kurs gegen Menschenrechtler und DemonstrantInnen

Malysias Regierung greift hart gegen DemonstrantInnen durch. Am 31.10.2013 wurden 19 Menschen festgenommen, die friedvoll gegen den Abriss eines historischen Dorfes protestiert hatten. Hier, so Amnesty International, zeige die malaysische Regierung wieder deutlich ihren harten Kurs. Ein Demonstrant berichtete Amnesty International von Übergriffen der Polizei gegenüber den DemonstrantInnen.

Und auch acht DemonstrantInnen, die gegen den Bau eines Staudammes in Sarawak protestiert hatten, wurden Anfang November festgenommen. Sie hatten gemeinsam mit über zweihundert anderen eine Blockade auf der Straße zur Baustelle des Dammprojektes errichtet. Die DemonstrantInnen gehörten der ethnischen Gruppe der Penan, die in Sarawak lebt, an. Sie klagten darüber, dass sie nicht ausreichend Kompensationszahlungen

für die Umsiedlungen im Rahmen des Staudamm-Projektes erhalten hätten.

Der Bau des Damms wird die Umsiedlungen von mindestens 20.000 Menschen sowie die Zerstörung von Primärwäldern zur Folge haben. Er ist einer von zwölf Dämmen, die von der staatlichen Regierung in Sarawak geplant und Teil des Entwicklungsplanes sind.

Amnesty International 31.10.2013

The Star 17.4.2013, 5.11.2013, 7.11.2013